

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1994
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bayern

**„Bayern braucht den Wandel.
Bayern braucht Liberale.“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Deggendorf am 7. Mai 1994)

**Der Wandel
hat eine Chance:**

F.D.P.
Die Liberalen

**Schluß mit
dem Machtmißbrauch.**

F.D.P.
Die Liberalen

**Bayern
braucht
Liberalen.**

**Bayern
braucht den
Wandel.**

Landtagswahl '94

D01 - 4184

Landeswahlprogramm der
Freien Demokratischen Partei Bayern
zur Landtagswahl 1994

beschlossen auf dem
44. Ordentlichen Landesparteitag
am 7. Mai 1994 in Deggendorf

Wenn Sie weitere Informationen über
einzelne Programmteile, wie z. B. Ver-
kehrs-, Wohnungs- oder Frauenpolitik
wünschen, wenden Sie sich bitte an die
unten angegebene Adresse.

LANDESWAHLPROGRAMM

der F.D.P. Bayern 1994

Verantwortlich für den Inhalt:
F.D.P. Bayern
Agnesstraße 47
80798 München
Telefon 0 89/12 60 09-0
Telefax 0 89/1 29 41 49

Inhaltsverzeichnis:

Unsere Vision einer freiheitlichen Gesellschaft

I. Wirtschaft, Verkehr, Finanzen

1. Wirtschaft und Arbeit
2. Steuern und Abgaben
3. Forschung und Technik
4. Energie
5. Mobilität und Verkehr
6. Wohnen

II. Bildung und Kultur

1. Bildung
2. Kunst
3. Sport und Freizeit
4. Medien

III. Demokratie, Rechtsstaat, Bürgerrechte

1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte
2. Ausländer- und Asylpolitik

IV. Soziale Aufgaben

1. Kindheit und Jugend
2. Schutz des ungeborenen Lebens
3. Ältere Mitbürger
4. Gleichstellung
5. Behinderte Mitbürger
6. Gesundheit
7. Rettungswesen
8. Suchtbekämpfung

V. Umwelt und Landwirtschaft

1. Umwelt
2. Land- und Forstwirtschaft

Seite

5

6

6

7

7

8

8

9

10

10

11

12

12

13

13

14

16

16

16

17

17

18

18

19

19

20

20

21

Unsere Vision einer freiheitlichen Gesellschaft

Im Mittelpunkt einer freiheitlichen Gesellschaft steht für uns Liberale der einzelne Mensch. Er muß die Freiheit haben, sein Leben und seinen Platz in der Gesellschaft in einem Höchstmaß an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu gestalten.

Eine freiheitliche Gesellschaft bietet aber dem Einzelnen keine schrankenlose Freiheit. Der Mensch ist auch ein Teil der Gemeinschaft und muß seinen Beitrag zum Gesamtwohl leisten. Sein Eigeninteresse findet in der Solidarität mit den Schwächeren und in der besonderen Verantwortung gegenüber der Umwelt und den kommenden Generationen seine Grenzen.

Für uns Liberale verwirklicht sich die freiheitliche Gesellschaft

- in Frieden und Freiheit,
- in Pluralismus und Toleranz,
- in Marktwirtschaft, sozialer und ökologischer Verantwortung,
- in Demokratie und Bürgernähe.

Die pluralistische und tolerante Gesellschaft ist offen für unterschiedliche Weltanschauungen, schützt Minderheiten und läßt Raum für die individuelle Lebensgestaltung. Sie garantiert die Grundrechte aller Menschen. Mit ihr unvereinbar sind Intoleranz, Fundamentalismus, Hetze gegen Andersdenkende, Rassenwahn, Extremismus und Haß.

Marktwirtschaft und Wettbewerb bieten den Menschen die Chance, selbst die Voraussetzungen für persönlichen Erfolg und Wohlstand zu schaffen. Sie ermöglichen, daß sich Risikobereitschaft, Initiative und Leistung lohnen.

Der liberale Staat bevormundet die Menschen nicht, er setzt für die Selbstentfaltung des Einzelnen nur die Rahmenbedingungen. Er gibt nur solche Verhaltensmaßnahmen vor, die zur Regelung des gesellschaftlichen Lebens notwendig sind. Er versorgt die Menschen nur in dem Ausmaß, wie diese sich nicht aus eigener Kraft vor Armut und menschenunwürdigen Lebensverhältnissen schützen können.

Dabei steht der Staat den Menschen nicht als Obrigkeit gegenüber. Der Staat wird vielmehr von den Bürgern in demokratischer Mitwirkung selbst gestaltet.

Diese „Vision einer freiheitlichen Gesellschaft“ ist das Ziel unseres politischen Handelns.

I. Wirtschaft, Verkehr, Finanzen

1. Wirtschaft und Arbeit

Die Sicherung des „Standortes Bayern“ und Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer zukunftsträchtiger Arbeitsplätze sind zentrale Ziele der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der bayerischen F.D.P. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Bayern muß an den Ursachen für fehlende und gefährdete Arbeitsplätze einsetzen. Dabei fällt dem Mittelstand eine tragende Rolle zu.

Die Leistungskraft der Wirtschaft beruht auf dem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kapital. Dabei tragen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften Verantwortung nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch dafür, daß Arbeitslose wieder die Chance einer Beschäftigung erhalten.

Die Wirtschaft muß im internationalen Wettbewerb bestehen und die Chancen der neuen Technologien nutzen können.

Innovationen werden durch Überregulierung, Bürokratie und überlange Genehmigungsverfahren behindert. Arbeitsplätze sind zu teuer und zu unbeweglich, vor allem wegen hoher Lohnnebenkosten, starrer Arbeitszeitregelungen und zu wenig Teilzeitarbeit.

Nur eine erfolgreiche Wirtschaft sichert unseren Wohlstand und ermöglicht die Finanzierung anderer politischer Ziele wie Bildung, Umweltschutz und soziale Sicherung.

Im einzelnen fordert die F.D.P.:

- Eine weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeitnehmer (individuelle Arbeitszeitgestaltung) und der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft (längere Maschinenlaufzeiten).
- Ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeit.
- Die Öffnung der Tarifverträge in Richtung stärkerer Differenzierung nach regionalen und betrieblichen Bedingungen.
- Die Vereinbarung von gewinnabhängigen Lohnbestandteilen, wo möglich in Form einer Beteiligung der Arbeitnehmer in ihren Betrieben.
- Die Verringerung der Lohnnebenkosten.
- Die Korrektur von Vorschriften, die scheinbar den Interessen und dem Schutz der Arbeitnehmer dienen, jedoch im Ergebnis Neueinstellungen verhindern.
- Verstärkte Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen in den Beruf.
- Bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in Führungspositionen.
- Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Vereinfachung der Vorschriften, Straffung der Arbeitsabläufe in den Behörden und Konzentration der Zuständigkeit durch Projektmanagement (Ziel: Baugenehmigungen in 3 Monaten, Errichtungsgenehmigungen für Industrieanlagen in 6 Monaten).
- Die Streichung des Ladenschlußgesetzes.

- Den Abbau von Dauersubventionen, durch
 - generelle Begrenzung aller Subventionen auf maximal 5 Jahre,
 - pauschale Kürzung aller bestehenden Subventionen um 10 %.
- Neue Dienstleistungsarbeitsmärkte.
- Den Abbau kostenintensiver Barrieren bei Existenzgründungen.
- Den Abbau des Staatskapitalismus in Bayern durch konsequente Privatisierung staatlicher Unternehmen und Beteiligungen.
- Die Verlagerung öffentlich betriebener Dienstleistungen auf mittelständische Betriebe.
- Eine Erhöhung der Investitionssicherheit für die Wirtschaft durch gesetzliche Festlegungen der Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung.

2. Steuern und Abgaben

Die Belastbarkeit der Bürger durch Steuern und Abgaben hat ihre Grenzen überschritten. Sparsamkeit ist der einzige Weg zur dringend notwendigen Begrenzung der Verschuldung.

Die F.D.P. Bayern fordert,

- die zu hohe, leistungshemmende Besteuerung zu verringern,
- mehr Sparsamkeit von Landtag und Regierung, eine Modernisierung der Verwaltung, mit wirksamen Leistungs- und Kostenkontrollen in allen Bereichen,
- die Übernahme von in der Wirtschaft bewährten Rationalisierungsmethoden in die öffentliche Verwaltung (Verbesserungsvorschlagswesen, Qualitätszirkel, Kennzahlenvergleiche etc.),
- die Neuverschuldung des Freistaates zu verringern,
- den Ersatz der Gewerbesteuer durch die Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer und die Einführung eines Hebesatzrechtes der Kommunen für ihren Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer,
- eine grundlegende Reform von Einkommenbesteuerung und steuerfinanzierten Sozialleistungen aus einem Guß (Bürgergeldsystem).

3. Forschung und Technik

sichern unsere Lebensgrundlagen. Forschung und Entwicklung dürfen daher nicht länger durch geradezu mittelalterliche Verteufelungen oder stures Verwaltungshandeln behindert werden.

Nur die schnelle Umsetzung industrieller Forschungsergebnisse schafft neue, zukunftssichere Arbeitsplätze.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen verlangt die F.D.P.:

- Die Konzentration der staatlichen Fördermittel auf Zukunftstechniken.
- Die Vereinfachung der Vergabeverfahren.
- Die stärkere Einbindung von Klein- und Mittelbetrieben in die Förderungsprogramme.

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft muß verbessert und vertieft werden, damit der Transfer neuer Forschungsergebnisse und ihre industrielle Umsetzung schneller realisiert werden kann.

4. Energie

Liberaler Energiepolitik zielt auf sparsamen Verbrauch, Reduzierung der Umweltbelastung und Klimaschutz, auch wenn dies Opfer von uns allen erforderlich macht.

Auch in der Energiewirtschaft müssen sich marktwirtschaftliche Prinzipien durchsetzen.

Dazu fordert die F.D.P. insbesondere

- die Einrichtung von Blockheizkraftwerken in kommunaler oder privater Trägerschaft,
- den Ausbau der Fernwärmeversorgung,
- verstärkte Nutzung von Sonnenenergie durch Sonnenkollektoren, Solarzellen und Windgeneratoren,
- die praktische Anwendung der Solar-Wasserstoff-Technologie,
- den Einsatz von Biogasanlagen und nachwachsenden Rohstoffen, vor allem Holz.

Wir wissen, daß ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie derzeit nicht möglich ist. Wir verlangen, daß über den Standort zur Endlagerung der hoch radioaktiven Abfälle endlich entschieden wird. Kraftwerke, die mit Uran und/oder Plutonium betrieben werden, sollen nicht mehr gebaut werden. Alternative Lösungen, auch mit Hilfe der Kerntechnik (HTR, Fusion), sind mit Vorrang zu fördern.

Zur Verringerung der Strompreise sind die Versorgungsmonopole zu beseitigen. Die Stromnetze müssen zur Durchleitung von Strom auch aus Kraftwerken aus dem Raum der EU und industrieller Überschußenergie offen sein.

5. Mobilität und Verkehr

Die Mobilität des Einzelnen und der Gütertransport müssen durch einen effizienten und umweltschonenden Verkehr gewährleistet werden. Oberster Grundsatz ist, unnötigen Verkehr zu vermeiden. Autofreundlichkeit allein ersetzt keine Verkehrspolitik.

Die bayerische F.D.P. will

- eine Raumordnungspolitik, die weite Wege erspart,
- eine finanzielle Belastung des Verkehrs mit den Folgekosten entsprechend dem Verursacherprinzip,

- die Übertragung des ÖPNV an die kreisfreien Städte und Landkreise als Pflichtaufgabe. Hierfür sind sie mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten,
- das Konzessionsvergaberecht auf die kreisfreien Städte und auf die Landkreise übertragen und die Durchführung des ÖPNV privaten Unternehmen anbieten,
- die Veränderung der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale für alle Verkehrsmittel,
- den schnellstmöglichen Bau des BRENNER-BASIS-Tunnels und seiner Zulaufstrecken für den Schienenverkehr,
- einen ökologisch vertretbaren Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen,
- weiterhin den Aus- und Neubau von Schienenstrecken, um Kapazitäten für eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene zu schaffen.

Neben der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Wiederherstellung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes im vereinten Deutschland sind in Bayern Bundesfernstraßen und Staatsstraßen (nur) noch zu bauen

- zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten und Dauerengpässen,
- zur sinnvollen Lückenschließung,
- wenn im Interesse der Anwohner und der Benutzer Ortsumgehungen nötig sind.

6. Wohnen

Bezahlbare Wohnungen für alle sind das Hauptziel liberaler Wohnungspolitik. Trotz gestiegener Bautätigkeit in den letzten Jahren ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Die bisherigen Maßnahmen zur Liberalisierung der Bayerischen Bauordnung reichen nicht aus, um das Bauen wirklich zu erleichtern.

Wir fordern daher:

- Die Bereitstellung von ausreichendem Bauland.
- Eine bessere Nutzung des vorhandenen Baulandes einschließlich einer maßvollen Verdichtung der Bebauung.
- Die Wohnungsnutzung freiwerdender militärischer Liegenschaften.
- Eine radikale Einschränkung der Baubürokratie, der Auflagen, Vorschriften, Richtlinien und Standards.
- Die Förderung des Wohneigentums, denn Eigentum ist für den Einzelnen besser als Mieterschutz.
- Die Bekämpfung der Fehlbelegung von Sozialwohnungen.
- Die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau dürfen nur den wirklich Bedürftigen helfen.

Nur der Einsatz privaten Kapitals kann einen ausreichenden Bestand an Wohnungen schaffen. Mieterschutzgesetze, Bauauflagen und die Baubürokratie dürfen diesen Einsatz nicht verhindern.

II. Bildung und Kultur

1. Bildung

Die Veränderungen in Familie, Arbeitswelt und Gesellschaft und die Verantwortung für die Mitwelt erfordern auch in der Bildungspolitik neue Antworten.

Vielseitige Bildung und eine fundierte Ausbildung sind wesentliche Voraussetzung nicht nur für beruflichen Erfolg, sondern für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen. Bei Bildung und Erziehung muß das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen.

Erziehung zur Verantwortung in der Demokratie und zu einem humanen und gewaltfreien Zusammenleben ist eines unserer obersten Ziele:

- Dazu brauchen wir mehr organisatorische und pädagogische Selbständigkeit an den Schulen,
- dazu müssen die Profile der einzelnen Bildungsgänge im gegliederten Schul- und Bildungswesen klarer herausgearbeitet werden,
- dazu muß die echte Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung geschaffen werden.

Die F.D.P. will

an den Schulen

- keine Klasse über 25 Schülerinnen und Schüler,
- eine Straffung der Lehrpläne,
- die Reform der gymnasialen Oberstufe,
- die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 8 Jahre unter Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen,
- mehr Mitbestimmungsrechte für Eltern, Lehrer und Schüler,
- die Abschaffung der Zensur von Schülerzeitungen,
- ein flächendeckendes Angebot mit freiwilligem 10. Hauptschuljahr,
- zusätzliches pädagogisches Personal in besonders schwierigen Hauptschulklassen,
- die Einführung der 5. und 6. Jahrgangsstufe an Realschulen,
- Integrationsklassen mit behinderten und nichtbehinderten Kindern,
- ein der Nachfrage entsprechendes Angebot an Ganztagschulen und ganztägiger Betreuung,
- die Förderung der musischen Bildung an allen Schulen,
- die Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten für pädagogisch besonders qualifizierte Volksschul- und Realschullehrer,
- eine Intensivierung der Lehreraus- und Weiterbildung im pädagogischen und didaktischen Bereich.

an den beruflichen Schulen

- eine bessere Sach- und Personalausstattung,
- ein flächendeckendes Angebot von Fach- und Berufsschulen,
- die Einrichtung von Berufsakademien in privater Trägerschaft in Bayern.

an den Hochschulen

- den Erhalt der Freiheit von Lehre, Wissenschaft und Forschung,
- mehr Selbstverantwortung,
- eine bessere Studienberatung,
- die zügige Umsetzung des beschlossenen Bund/Länder-Programmes zum Ausbau der Universitäten und zum Aus- und Neubau von Fachhochschulen,
- die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen für das Studium so verbessern, daß es die überwiegende Zahl der Studierenden in vier Jahren abschließen kann,
- eine ausreichende finanzielle Sicherung der Studenten,
- mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschulen durch Offenlegung von Kosten- und Leistungsdaten,
- die Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft,
- Initiativen zur Errichtung privater Hochschulen,
- finanzielle Förderung der bayerischen Studienzentren und der Fernuniversität Hagen durch den Freistaat Bayern,
- den Abbau der Benachteiligung von Frauen, die eine Universitätslaufbahn anstreben.

Lebenslanges Lernen ist notwendig !

Weiterbildungsangebote müssen auch zusätzliche berufliche Qualifikationen ermöglichen.

2. Kunst

ist frei und steht damit für uns über jeder politischen Beurteilung.

Liberaler Kulturpolitik soll der Vielfalt der kulturellen Lebensformen Raum geben.

Das kulturelle Angebot gewinnt immer mehr an Bedeutung, denn Kultur bedeutet Lebensqualität.

Kulturelle Vielfalt bewußt zu machen, sie zu pflegen und zu fördern ist unser Ziel.

Wir fordern

- die Erhaltung und Erweiterung des kulturellen Angebotes außerhalb der Landeshauptstadt, auch im ländlichen Raum,
- die Bereitstellung von Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen zu angemessenen Mietpreisen in den bayerischen Gemeinden,
- höhere steuerliche Anerkennung privater Förderung von Kunst und Kultur an Stelle von immer neuen staatlichen Zuschüssen.

- eine zeitgemäße Regelung zur Alterssicherung, Krankenversicherung und eine einheitliche Steuerrechtsslage für freischaffende Künstler,
- den Erhalt und die Erweiterung der musischen Fächer an den Schulen,
- eine effektive Zusammenarbeit der Rechtsträger, um den Erhalt von Theatern und Orchestern langfristig zu sichern,
- die Förderung der kulturellen Arbeit in Heimat- und Volkstrachtenvereinen, bei Volksbühnen und Ausländergruppen, in Musik- und Malschulen und von freien Theatergruppen,
- die Rückführung bayerischer Kulturgüter aus Depots Münchner Museen in ihre Ursprungsregionen,
- eine allen Altersgruppen angepaßte und ihren Interessen entsprechende Kulturarbeit.

3. Sport und Freizeit

Veränderungen in unserer Gesellschaft bringen zunehmend mehr Freizeit. Der Staat soll dabei Bereiche und Einrichtungen unterstützen, die eine sinnvolle umweltverträgliche Betätigung im Bereich von Sport und Freizeit ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Erhaltung der vorhandenen Spiel- und Sportstätten und die umweltgerechte Neukonzeption von Sportanlagen,
- die Unterstützung der Gemeinden bei der Entwicklung ihrer Freizeitinfrastruktur,
- gesellschaftliche Anerkennung und Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten,
- die Durchführung der vorgeschriebenen Sportstunden in den Schulen; Streichungen lehnen wir ab,
- einen verantwortlichen Umgang mit der Natur beim Sport und in der Freizeit,
- die Einsetzung eines eigenen Sportausschusses im Bayerischen Landtag.

4. Medien

Eine vielfältige Medienlandschaft, geprägt von echtem Wettbewerb, von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ist Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft. Medienmonopole und zu großer Einfluß politischer Parteien gefährden die unabhängige Meinungsbildung in der Gesellschaft.

Die F.D.P. Bayern will

- die Befreiung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Einfluß der Parteienpolitik und der Regierung,
- eine strengere kartellrechtliche Kontrolle, um Monopole zu verhindern,
- die Abschaffung des bayerische Kabelentgelts,
- die Darstellung von brutaler Gewalt verbieten.

1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte

Aufgabe des Rechtsstaates ist es, Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Er ist dabei auf die Eigenverantwortung der Bürger angewiesen.

Wir wollen die Verbesserung der Sicherheit unserer Bürger durch die entschiedene Bekämpfung der Kriminalität in allen ihren Erscheinungsformen.

Das Gewaltmonopol des Staates ist unantastbar.

Die F.D.P. Bayern will

- eine gut ausgebildete und bürgernahe Polizei, statt einer untauglichen Sicherheitswacht,
- eine bessere Sach- und Personalausstattung der Polizei,
- eine angemessene Besoldung und laufbahnmäßige Besserstellung der Polizeibeamten und eine ihren schweren Aufgaben gemäße soziale Stellung,
- ihre Entlastung von Verwaltungsaufgaben und von polizeifremden Aufgaben,
- einen verbesserten Zeugenschutz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Aber wir verlangen, daß

- einem Polizeibeamten als verdecktem Ermittler nicht das Recht eingeräumt wird, milieubedingte Straftaten zu begehen,
- das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung erhalten bleibt: Keine Ausweitung des Einsatzes technischer Mittel (sog. Großen Lauschangriff) über das bereits jetzt im Polizeiaufgabengesetz zur Verbrechensverhinderung zulässige Maß hinaus,
- die Aufgaben von Polizei und Verfassungsschutz strikt getrennt bleiben,
- Vermögen nicht auf Verdacht beschlagnahmt werden kann,
- die 14tägige Polizeihaft (Unterbindungsgewahrsam) erheblich eingeschränkt wird.

Die F.D.P. Bayern tritt ein für

- eine Verbesserung des Petitionsrechtes durch das Recht der zuständigen Abgeordneten auf Akteneinsicht, Auskunft durch Beamte und Zutritt zu Amtsgebäuden,
- mehr Kompetenzen und größere Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten und seine Wahl durch den Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit,
- den Schutz des Bürgers vor mißbräuchlicher Verwendung seiner personenbezogenen Daten sowie ein Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht für den Bürger,
- die Wahl der Verfassungsrichter durch den Bayerischen Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit, um eine einseitige parteipolitische Besetzung zu verhindern,
- die Zuordnung der Zuständigkeiten für alle Gerichtsbarkeiten im Freistaat Bayern zum Justizministerium,
- ein Klagerecht anerkannter Naturschutzverbände sowie eine sinnvolle Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großprojekten, Verbesserungen bei Volksbegehren und Verankerung von Volksinitiativen in Bayern.

Die F.D.P. Bayern will

- die kommunale Selbstverwaltung als Grundlage des demokratischen Staates wieder stärken, vor allem durch eine faire Finanzpolitik gegenüber den Kommunen,
- die bayerischen Bezirke als dritte kommunale Ebene stärken. Sie sind eine wesentliche Säule des förderativen Systems und stellen ein wichtiges Regulativ zu zentralistischen Tendenzen der Staatsregierung dar. Damit sie in unserem politischen System eine Zukunftschance haben, ist eine grundlegende Reform unerlässlich,
- die Benachteiligungen kleiner Parteien und Gruppen im Wahlrecht und in der Geschäftsordnung auf Kommunalebene beseitigen,
- die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene,
- Städte und Gemeinden mit mindestens der Hälfte der Sitze in den Regionalausschüssen der Europäischen Union (EU) verankern. Dies ist für Bayern unverzüglich sicherzustellen.

Die F.D.P. verlangt, daß

- Behörden, Sicherheitsdienste, Polizei und Justiz von politischen Parteien nicht für ihre eigenen Zwecke mißbraucht werden,
- Spitzenstellen im öffentlichen Dienst und in öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht nach dem Parteibuch vergeben werden und nicht „Ruheplätze“ für ausgediente Parteipolitiker sein dürfen, sondern ausschließlich nach Leistung und Qualifikation und nach öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

2. Ausländer- und Asylpolitik

In Deutschland leben über 6,5 Mill. Ausländer, die meisten schon seit langen Jahren oder Jahrzehnten. Sie sind von „Gastarbeitern“ zu Einwanderern geworden. Gleichzeitig steht die Bundesrepublik wie kaum ein anderes Land vor einem wachsenden Zuwanderungsdruck, ausgelöst durch die weltweiten Migrationsbewegungen.

Die Väter der bayerischen Verfassung haben wohlüberlegt den Art. 105 unserer Verfassung wie folgt formuliert:

„Ausländer, die unter Nichtbeachtung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte im Ausland verfolgt werden und nach Bayern geflüchtet sind, dürfen nicht ausgeliefert oder ausgewiesen werden.“

Die F.D.P. fordert deshalb

- ausreichenden Schutz für Ausländer, die in Bayern leben,
- einen durch Bund und Länder abgesicherten Status für Bürgerkriegsflüchtlinge. Es geschieht immer wieder, daß Flüchtlingen geraten wird, Asyl zu beantragen. Dies führt zu einer unsinnigen Belastung der Asylverfahren,

- den Erlass eines Einwanderungsgesetzes, das eine vernünftige Steuerung der Zuwanderung ermöglicht,
- den Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach acht Jahren, bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen auch unter Tolerierung einer doppelten Staatsangehörigkeit,
- die Einbindung von Ausländerbeiräten auf kommunaler und Landesebene in die politischen Entscheidungen.

IV. Soziale Aufgaben

1. Kindheit und Jugend

Nur eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft ermöglicht die gesunde Entwicklung unserer Kinder.

Hierfür müssen die nötigen Rahmenbedingungen in der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Umweltpolitik, der Wohnungspolitik und der Verkehrspolitik geschaffen werden.

Wir fordern

- die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz auch in Bayern und Kindergarten-Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht werden,
- daß psychische und körperliche Mißhandlung von Kindern, ebenso wie sexueller Mißbrauch als kriminelle Delikte verfolgt und geahndet werden,
- eine bessere Bewertung der Leistungen in der Kindererziehung bei der Steuergesetzgebung und bei der Rente nicht nur für Geburten ab 1992,
- eine bessere Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen, in kulturellen und sonstigen Einrichtungen, die offene Jugendarbeit ist der in Verbänden gleichzustellen.

2. Schutz des ungeborenen Lebens

Die Verantwortung für eine Schwangerschaft tragen Mann und Frau gemeinsam. Ungeborenes Leben kann am besten dadurch geschützt werden, daß man geborenes Leben achtet und den Müttern und Vätern die notwendigen Hilfen gibt.

Auch in Bayern muß gewährleistet sein, daß

- flächendeckend Beratungsstellen unterschiedlicher Träger zur Verfügung stehen, die so ausgestattet sind, daß sie Hilfen aufzeigen, vermitteln und verbindlich in Aussicht stellen können. Sie sollen die Frau während der Schwangerschaft und nach der Geburt weiterhin beraten und bei der Erlangung der Hilfen unterstützen,
- sich die Frau nach eingehender Beratung ohne psychischen Druck für oder gegen das Austragen des Kindes frei entscheiden kann,
- die Frau nach der Geburt ihres Kindes nicht langfristig auf Sozialhilfe angewiesen ist und sich wieder in das Erwerbsleben eingliedern kann. Kinderkrippen-, Kindergarten- und Kinderhortplätze müssen deshalb auf Wunsch zur Verfügung stehen,
- im Falle der Entscheidung der Frau für einen Schwangerschaftsabbruch dafür landesweit Möglichkeiten, sowohl stationär, als auch ambulant, gegeben sind,
- die Anonymität der Schwangeren bei der Beratung gewahrt wird.

3. Ältere Mitbürger

Selbstbestimmung und Selbständigkeit der älteren Mitbürger setzen materielle Sicherheit, soziale Kontakte und Erleichterungen im täglichen Leben voraus.

Ziel liberaler Politik ist es,

- dem älter werdenden Menschen durch geeignete Hilfsangebote die Führung eines eigenständigen Lebens zu ermöglichen,
- bei unvermeidbarer Heimunterbringung die Selbstbestimmung und die Würde der alten Menschen zu gewährleisten.

Die F.D.P. will

- ausreichend Wohnungen, die für ältere Menschen geeignet und bezahlbar sind und Umzugshilfen bei Aufgabe einer zu groß gewordenen Wohnung,
- betreutes Wohnen über einen flächendeckenden Ausbau ambulanter Dienste und Sozialstationen,
- ausreichend Alten- und Pflegeheimplätze mit angemessener Betreuung und Ausstattung,
- bessere Kostentransparenz bei Heimunterbringung,
- bedarfsgerechte Kurzzeitpflegeplätze und Tageskliniken.

4. Gleichstellung

Für Männer und Frauen muß es möglich sein, Beruf und Aufgaben in der Familie miteinander zu verbinden.

Die F.D.P. Bayern will

- die gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungsarbeit und der Haushaltsführung,
- die Einrichtung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen auch in anspruchsvollen Berufen und mehr Arbeitsverhältnisse mit flexiblen Wochen- und Monatsarbeitszeiten,
- ein besseres Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, -gärten, -horte und Ganztagschulen),
- mehr Möglichkeiten, während der Erziehungszeit Kontakte zum Beruf zu halten, z. B. über Vertretungen und Weiterbildungsmaßnahmen,
- die Pflegschaft für nichteheliche Kinder durch das Jugendamt nur noch auf Antrag.

5. Behinderte Mitbürger

Behinderte sind gleichberechtigte Mitbürger. Ihre besondere Situation erfordert Rücksichtnahme.

Die F.D.P. Bayern will

- daß durch gezielte Maßnahmen der Früherkennung und Frühförderung Spätfolgen so gering wie möglich gehalten werden,
- ein selbstverständliches Miteinander Behinderter und Nichtbehinderter in Kindergarten und Schule, in Ausbildung und Beruf und in der Freizeit,
- mobile sonderpädagogische Dienste für behinderte Kinder an Allgemeinschulen,
- den Ausbau beschützender Arbeitsplätze und Werkstätten,
- den behindertengerechten Ausbau von Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen,
- Hilfe und Unterstützung der Selbsthilfegruppen und Freizeiteinrichtungen, die der Integration Behinderter in Kultur und Sport dienen,
- die Unterstützung betreuender Angehöriger durch ambulante Hilfen, Tages- und Kurzzeitpflege.

6. Gesundheit

Gesundheitspolitik kann nur mit mehr Eigenverantwortung der Beteiligten und mehr Markt unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erfolgreich sein.

Die F.D.P. Bayern will

- eine Verbesserung der Vorsorge durch verstärkte Aufklärung über gesunde Lebensweise, Sucht, Ursachen psychischer Erkrankungen, Infektionsprophylaxe und AIDS,
- die weitgehende Privatisierung von Krankenhäusern,
- mehr ambulante operative Versorgung auch im ländlichen Raum,
- eine Rationalisierung durch mehr Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern,
- keine medizinisch ungerechtfertigte Verlegung aus Kostengründen,
- eine volle therapeutische und diagnostische Versorgung in Krankenhäusern auch am Wochenende und an Feiertagen,
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Entlohnung der Pflegekräfte,
- durch Entlastung von Bürokratie die Leistungsfähigkeit der Anbieter im Gesundheitswesen erhalten und fördern und eine Sozialisierung verhindern.

Psychisch Kranke können nur durch ein landesweites Netz kooperierender Einrichtungen gut betreut werden. Dazu fordern wir die Einrichtung von mehr psychiatrischen Abteilungen in Allgemeinkrankenhäusern.

Die F.D.P. Bayern tritt ein für die Zusammenfassung aller gesundheitspolitischen Zuständigkeiten in einem künftigen Staatsministerium für Arbeit, Familie, Sozialordnung und Gesundheit.

7. Rettungswesen

Im Vergleich zu anderen Bundesländern - z.B. Baden-Württemberg - weist das bayerische Rettungswesen deutliche Defizite aus.

Wir setzen uns ein für

- eine dreistellige Notrufnummer,
- die Verkürzung der gesetzlich erlaubten Hilfsfrist des Rettungsdienstes auf 10 Minuten,
- die Schaffung von „Erste-Hilfe-Trupps“,
- ein Ende des Notfallpatienten-Tourismus, um eine schnellstmögliche klinische Versorgung zu gewährleisten,
- einen jährlichen „Landesplan für Notfallmedizin“, in dem die Staatsregierung die Leistungsfähigkeit und die Probleme des Rettungswesens dokumentiert.

8. Suchtbekämpfung

Die Abhängigkeit von Rauschmitteln schränkt die freie Selbstbestimmung eines Menschen ein, verursacht großes persönliches Leid und belastet die Gesellschaft.

Die F.D.P. Bayern will

- umfassende Aufklärung über Suchtgefahren,
- die kontrollierte Anwendung geeigneter Drogen durch Ärzte der Drogenberatungsstellen oder der Gesundheitsämter an Süchtigen zu Therapiezwecken und zur Bekämpfung der Beschaffungskriminalität,
- die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Therapieeinrichtungen.

V. Umwelt und Landwirtschaft

1. Umwelt

Für uns Liberale bedeutet Umweltpolitik die Wahrnehmung der Verantwortung für heutige und spätere Generationen.

Deshalb hat sich die F.D.P. lange vor allen anderen Parteien für das Vorsorge- und Verursacherprinzip im Umweltschutz eingesetzt.

Dabei bevorzugen wir marktwirtschaftliche Lösungen.

Und setzen uns daher ein für

1. den Schutz des Wassers und des Bodens durch

- den Verzicht auf die Nutzung von Trinkwasser als Brauchwasser, beispielsweise in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt,
- die Durchsetzung des Verbotes zur Einleitung ungeklärter Abwässer in Oberflächengewässer,
- die Verhinderung von Überdüngung,
- die Sanierung defekter Abwasserkanäle,
- die Verhinderung bzw. Beseitigung unnötiger Boden- und Gewässerversiegelung,
- die Erhaltung von Mooren und Feuchtgebieten.

2. den Schutz der Atemluft und Atmosphäre durch

- die Reduzierung von Gasen, die den Treibhauseffekt verstärken, wie CO₂,
- den Ersatz der Ozonkiller, wie FCKW, durch Stoffe und Verfahren, die für die Atmosphäre unschädlich sind,
- die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer.

3. den Schutz vor Lärm durch

- Herausnahme von Durchgangsverkehr aus Wohngebieten,
- umweltgerechte Verlegung des Straßen- und Schienenverkehrs auf Umgehungsstraßen oder Tunnels bei Orten mit unerträglichem Durchgangsverkehr.

4. die Vermeidung und Verwertung von Abfall durch

- die Einhaltung der Prioritätenliste: Vermeidung, Wiederverwertung, stoffliche Verwertung, Kompostierung, energetische Verwertung und die Deponierung der vorbehandelten Reststoffe,
- möglichst sortenreine Erfassung der Wertstoffe. Außerdem ist zu gewährleisten, daß getrennte Sammlung auch tatsächlich zur stofflichen Verwertung führt,
- die Schaffung und Erhaltung von unabhängigen privatwirtschaftlichen Betrieben im Bereich der Entsorgung.

5. den Erhalt der Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen durch

- Schaffung von Biotop-Verbundsystemen, Fortführung der Biotopkartierung der auch bisher nicht erfaßten Flächen,
- Sicherung und Erweiterung von Schutzgebieten und Nationalparks.

2. Land- und Forstwirtschaft

In einem gemeinsamen Europa brauchen wir in Bayern im Einklang mit der Natur wirtschaftende, leistungsfähige Betriebe.

Mehr Markt, nachwachsende Rohstoffe und individuelle Einkommenskombinationen sind der richtige Weg, um die bäuerlichen Einkommen zu sichern.

Wir brauchen eine grundlegende Erneuerung der EU-Agrarpolitik!

Unsere Ziele sind

- der Erhalt der Kulturlandschaft und des ländlichen Raumes,
- die schrittweise Rückführung der Landwirtschaft von der Reglementierung zum freien Unternehmertum,
- die Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion durch den Markt,
- eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln,
- eine erzeugernahe Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte,
- eine Vorratshaltung nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, deren Kosten nicht der Landwirtschaft angelastet werden dürfen,
- die Vermeidung unsinniger Bürokratie,
- die Sicherung des Eigentums an Grund und Boden auf breiter Basis.

Dies kann erreicht werden durch die Zusammenfassung aller jetzigen Förder- und Stützungsprogramme zu einer flächenbezogenen Honorierung der Leistungen für die Erhaltung der Kulturlandschaft. Diese Leistungen werden von der Landwirtschaft zum Wohle der ganzen Gesellschaft erbracht und müssen von ihr auch honoriert werden, wobei eine ökologisch verträgliche Bewirtschaftung Voraussetzung ist. Der Hauptanteil der landwirtschaftlichen Einkommen muß aber über den Markt erzielt werden.

Wirtschaftliche Interessen und falsche Subventionspolitik sind Anlaß für zu viele Tiertransporte unter unzumutbaren Bedingungen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß

- Lebendtiertransporte insgesamt verringert,
- die Transportbedingungen verbessert und
- Langstreckentransporte von Schlachttieren verboten werden.

Das Ökosystem „Wald“ muß durch Verringerung der Emissionen aus dem Straßenverkehr, naturnahen Waldbau und eine waldgerechte Reduzierung der Schalenwildbestände in die Lage versetzt werden, seine vielfältigen Funktionen als Holzlieferant, Erholungsraum, Schutz des Bodens, Wasserspeicher und Klimaregulator zu erhalten.

Für diese liberalen Ziele unseres Landeswahlprogrammes wollen wir uns im nächsten Bayerischen Landtag einsetzen.

Unterstützen Sie uns!
Geben Sie Ihre Stimmen der F.D.P.

Denn:

Schluß mit dem Machtmißbrauch in Bayern

Bayern braucht den Wandel

Bayern braucht Liberale